
Für Sie in Berlin!

**Markus Grübel MdB berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche

- 1. Bewältigung der Flüchtlingskrise!**
- 2. Haushaltsgesetz und Finanzplan des Bundes**
- 3. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren**

1. Bewältigung der Flüchtlingskrise!

Der aktuelle Flüchtlingszustrom stellt unser Land vor große Herausforderungen! Lassen Sie mich zunächst ein paar grundsätzliche Punkte zu diesem Thema sagen, da mich viele Anfragen dazu erreichen:

Ich halte das Asylrecht grundsätzlich für ein wichtiges, im Grundgesetz verankertes Grundrecht! Menschen, die politisch verfolgt werden, müssen wir Schutz gewährleisten. Das steht außer Frage! Gleichzeitig ist für mich aber auch klar, dass unser Land bzw. unsere Gesellschaft eine begrenzte Aufnahmefähigkeit hat. Deutschland kann nicht innerhalb der EU den gesamten Flüchtlingszustrom alleine schultern und alle aufnehmen. Mich haben daher vor allem die Äußerungen

des ungarischen Regierungschefs sehr verärgert. Die Flüchtlingskrise ist mitnichten ein deutsches Problem!

Der Koalitionsausschuss hat am 6. September ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, mit dem wir uns den Herausforderungen stellen werden! Dazu zählen vor allem die Beschleunigung der Asylverfahren, die Unterstützung der Länder bei der Unterbringung sowie die Beseitigung bestimmter „Fehlanreize“ unseres Systems. So sollen beispielsweise Bargeldleistungen weitgehend durch Sachleistungen ersetzt werden. Wir werden außerdem die Anzahl der sicheren Herkunftsstaaten erhöhen und uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass es eine EU-weit einheitliche Liste der sicheren

Herkunftsstaaten gibt. Wir wollen außerdem die Stellen der Bundesfreiwilligendienstleistenden erhöhen. Geplant ist eine Erhöhung um 10.000 Stellen!

Lassen Sie mich noch zu einem Punkt kommen, der mich trotz der aktuellen Herausforderungen und Probleme stark beeindruckt: Das Engagement in unserer Gesellschaft ist unglaublich! Wir haben allen Grund auf die vielen engagierten Bürger in unserer Gesellschaft stolz zu sein! Es gibt so viele „helfende Hände“, übrigens auch von der Bundeswehr. Da die Länder und Kommunen dringend Platz zur Unterbringung der Flüchtlinge benötigen, unterstützt die Bundeswehr die Bundesländer mit zusätzlichem Raum und Flächen in Kasernen und auf Grundstücken. Bisher hat die Bundeswehr in 41 Liegenschaften Unterbringungskapazitäten für fast 17.000 Flüchtlinge bereitgestellt. In Baden-Württemberg werden beispielsweise Kasernen in Meßstetten, Ellwangen und Sigmaringen genutzt.

Wie geht es jetzt weiter? Das Maßnahmenpaket ist beschlossen. Das gesamte Gesetzespaket soll im Bundestag und Bundesrat im Oktober beschlossen werden. Am 14. September ist außerdem eine Sondersitzung der europäischen Innenminister. Unser Minister, Thomas de Maizière, wird dabei mit unseren europäischen Partnern ein abgestimmtes Vorgehen vereinbaren! Es kann

nicht sein, dass sich Deutschland an bestimmte Verpflichtungen hält und andere EU-Staaten, diese ignorieren!

2. Haushaltsgesetz und Finanzplan des Bundes

Auch in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt dominierte die Flüchtlingsfrage. Seit dem Kabinettsbeschluss Ende Juni hat sich die Lage verändert, mit Folgen für die öffentlichen Kassen. Aus den Maßnahmen für die Flüchtlings- und Asylpolitik ergeben sich Kosten in Höhe von 6 Milliarden Euro.

Wir als Union treten die Haushaltsberatungen mit der Maßgabe an, weiterhin die schwarze Null ohne Steuererhöhungen umzusetzen. Angesichts des Flüchtlingszustroms, des Zins- und Konjunkturrisikos sowie der künftigen Finanzierung der Mütterrente ist dies gerade auch in der mittelfristigen Finanzplanung ein weiterhin ehrgeiziges Ziel. Der Kabinettsbeschluss, der die bereits 2014 erzielte schwarze Null über 2015 auch in den Jahren 2016 bis 2019 fortschreibt, ist dafür eine solide Grundlage.

Nach dem Regierungsentwurf sollen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2016 um 10,4 Milliarden auf 312 Milliarden Euro angehoben werden. Auch in den Jahren bis 2019 steigen sie moderat in Höhe der zusätzlichen Ein-

nahmen an. Dabei soll die Ausgabenwachstumsrate jeweils unter der erwarteten Zuwachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts liegen. Zu den Schwerpunkten zählt der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der um 13,5 Prozent auf 7,42 Milliarden Euro ansteigen soll. Dies ist der höchste Zuwachs seit Gründung des Ministeriums. Auch für die Folgejahre sind Etats von je 7,5 Milliarden Euro eingeplant. Der Mittelaufwuchs dient vor allem der Bekämpfung der Fluchtursachen im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika. So ist für 2016 geplant, 600 Millionen Euro in Flucht- und Aufnahmelandern besonders im Umfeld des Syrien-Konflikts zu investieren. Auch die Mittel im Kampf gegen den Klimawandel sollen um zusätzlich 250 Millionen Euro steigen.

Im Bundeshaushalt 2016 wird überdies die Initiative zur weiteren Stärkung der Investitionen des Bundes um zusätzliche zehn Milliarden Euro für die Jahre von 2016 bis 2018 umgesetzt. Der Bund setzt außerdem seine kommunalfreundliche Politik weiter fort. Zusätzlich zum bereits beschlossenen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ im Umfang von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen hat der Koalitionsausschuss vom 6. September 2015 entschieden, zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation in Ländern und Kommunen weitere drei Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen.

3. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren

In dieser Sitzungswoche fand der alljährliche Abend der deutschen Feuerwehren statt. Bei dieser Veranstaltung bietet der Deutsche Feuerwehrverband eine Plattform für das Gespräch von Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Feuerwehr-Führungskräften aus der gesamten Bundesrepublik. Wenn der Terminkalender es zulässt, nehme ich immer gerne an dieser Veranstaltung teil, so auch in diesem Jahr! Der Abend war wieder einmal sehr informativ. Das Hauptthema war auch hier die Bewältigung der Flüchtlingslage.



Markus Grübel MdB beim 10. Berliner Abend der deutschen Feuerwehren